

## Sektion Europasozio­logie

Herbsttagung »Die Europäische Union und ihre Grenzen« am 12. und 13. November 2021 an der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd

Wie die historisch-vergleichende Sozialforschung gezeigt hat, sind Aufbau und Verfestigung von Grenzen nach außen und Abbau und Differenzierung von Grenzen nach innen ein zentrales Element von Herrschaftsbildungsprozessen. Das ist beim europäischen Projekt nicht anders. Binnenmarkt und Personenfreizügigkeit zählen zu seinen Pfeilern, während die jeweiligen Außengrenzen immer stärker hervortreten, ungeachtet der Tatsache, dass die künftigen Grenzen der EU weiterhin unbestimmt sind.

Um die Außengrenzen der europäischen Staatengemeinschaft, um Mobilitätsbarrieren im Binnenmarkt und um deren Folgen für das Zusammenwachsen Europas ging es bei der Herbsttagung der Sektion Europasozio­logie. Sie wurde organisiert von *Stefan Immerfall* und *Helmar Schöne* (beide Schwäbisch Gmünd) und fand am Zentrum für Migrations- und Integrationsstudien der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd statt. Aufgrund der pandemischen Entwicklung musste die Tagung online stattfinden. Das war mit den bekannten Beeinträchtigungen für Diskussionen abseits der Vorträge verbunden, hatte aber immerhin den Vorteil, dass bis zu 40 Personen die Vorträge verfolgten, eine Zahl, die womöglich in Präsenz nicht erreicht worden wäre.

Die erste Session – von *Monika Eig­müller* (Flensburg) moderiert – verhandelte *soziale* Realitäten der Binnenmarktfreiheit. *Anton Sterbling* (Fürth) wies auf institutionentheoretische Problematiken der sozialen Sicherung im europäischen Sozialraum hin. Kaum kompatible Alterssicherungsansprüche würden bei Arbeitsmigrant:innen aus Ländern des östlichen Europas nach Ende der Berufstätigkeit häufig zu Armutsgefährdung oder Altersarmut führen.

Ein überwiegend positives Bild von den Strukturen der Arbeitsaufnahme neuzugezogener Rumän:innen zeichnete hingegen *Léa Bendele* (Heidenheim) für die von ihr untersuchte Region. Mittels qualitativer Interviews hat sie die »stille, meist arbeitende Mehrheit« untersucht und deren Mobilitätsmuster anschaulich gemacht. Bendele zufolge könne für diese Gruppe von einer »Migration in die Sozialsysteme« keine Rede sein.

Die begrenzte Durchsetzbarkeit von Arbeitnehmerrechten in einem Binnenmarkt wirtschaftlicher Freiheiten analysierte *Josephine Assmus* (Bremen). Ein Grund für die sozialrechtlichen Barrieren sei, dass Interessenvertretung

in der Regel im nationalen Kontext organisiert sei. Hier setzte das von Assmus untersuchte Projekt *Faire Mobilität* des Deutschen Gewerkschaftsbundes an, das transnationale Unterstützung für mobile Arbeitnehmer:innen aus (Mittel)Osteuropa bietet.

Auch *Martin Heidenreich* (Oldenburg) hob die Bedeutung des rechtlichen Status der Arbeitsmigrant:innen als Unionsbürger hervor. In einer sorgfältigen Analyse von Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) konnte er zeigen, dass EU-Arbeitsmigrant:innen gegenüber den Einheimischen zwar Einkommens- und Arbeitsmarktnachteile erführen, jedoch gegenüber Nicht-EU-Bürger:innen Lohnvorteile erzielten. Die Regeln des EU-Binnenmarkts, so Heidenreich, begünstigen »strategische Migration« von vergleichsweise besser qualifizierten und gesünderen EU-Arbeitnehmer:innen aus ärmeren in wohlhabendere Länder.

Die zweite Session, »Ebenen transeuropäischen Zusammenhalts«, wurde von *Stefanie Börner* (Magdeburg) geleitet. *Elisabeth Donat* und *Simon Lenhart* (beide Krefeld) richteten den Blick zunächst auf die regionale Ebene. Jene habe im politischen System der EU eine Aufwertung erfahren, nicht zuletzt verbunden mit der Hoffnung, damit ließe sich mehr »Bürger:innennähe« herstellen. Mittels einer Befragung regionaler Abgeordneter in Polen, Spanien, Deutschland und Österreich können Donat und Lenhart indes herausarbeiten, dass Regionalismus und Europäische Integration keineswegs in einem »harmonischen Verhältnis« zueinander stünden. Regionalismus müsse nicht mit pro-europäischen Einstellungen einhergehen.

*Christina Grabbe* (Bremen) widmete sich in ihrem Beitrag dem Rat der Europäischen Union. Selbst zwischen den westeuropäischen Staaten gäbe es überraschend gegensätzliche Positionen zum Vorschlag der Europäischen Kommission für die Reform der Europäischen Koordinierung der sozialen Sicherheit, etwa zum Export von Arbeitslosengeld. Mittels eines Most-Similar-Systems-Designs, basierend auf Fallstudien von Deutschland, Dänemark und den Niederlanden, entwickelte Grabbe eine historisch-institutionalistische Erklärung.

*Isabel Hilpert* (Leipzig) zeichnete den Auf- und Ausbau der europäischen Grenzschutzagentur Frontex nach, die ein kontinuierliches Wachstum und mehrfache Mandaterweiterungen erlebt habe. Die de facto Errichtung einer europäischen Grenzpolizei stelle die exklusive Verbindung zwischen Grenzen und Nationalstaat in Frage, wengleich die nationale Hoheit über Grenzen formal und diskursiv weiterhin aufrechterhalten werde.

*Annegret Eppler* und *Jan Molzberger* (Kehl) beendeten den ersten Tagungstag mit einer Konzeptualisierung von europäischer (Des-)Integration als bidirektional und mehrdimensional. Speziell analysierten sie »EU-Desintegration« als Rückschritte rechtsstaatlicher Systeme, wofür (nicht nur) die aktuelle Entwicklung in Polen den Tagungsteilnehmer:innen reiches Diskussionsmaterial bot.

Die dritte Session der Tagung am folgenden Tag trug den Titel »Desintegrationseffekte und Integrationsschübe« und wurde von *Helmar Schöne* (Schwäbisch Gmünd) geleitet. Mit seinem Vortrag »Die Europäische Union und ihre Grenzen« setzt *Darius Ribbe* (Greifswald) den Ton der Session in Richtung Integration, indem er ein 4-Stufen Model europäischer Integration vorstellte und an praktischen Beispielen belegte. Danach könnten Krisendynamiken die Integrationsbarrieren der Staats- und Regierungschef:innen immer wieder überwinden.

Um Krisen anderer Art ging es bei *Martin Höpner* (Köln), nämlich um die arbeitnehmerfeindliche Ausdeutung der Grundfreiheiten durch den Europäischen Gerichtshof. Höpner diskutierte verschiedene Reformoptionen, das kollektive Arbeitsrecht effektiver vor den Binnenmarktregeln abzuschirmen. Im Ergebnis empfahl er das Konzept der Bereichsausnahmen und die Rückführung der Binnenmarktfreiheiten von Beschränkungs- zu Diskriminierungsverboten.

Von einem herausragenden Fall produktiver Krisenfolgen berichteten *Michael Blumberger* (Salzburg) und *Susanne K. Schmidt* (Bremen). In der Corona-Krise gelang, was vorher mehrfach vergeblich versucht worden war: die Verabschiedung eines Arbeitsschutzkontrollgesetzes, das die Arbeitsbedingungen insbesondere in der Fleischindustrie deutlich verbessern könnte. Blumberger und Schmidt wiesen aber auch auf die besonderen Umstände hin, die diese Reformen begünstigt hätten. Ähnliche Fortschritte seien in anderen Sektoren mit gleichwohl ähnlich prekären Arbeitsbedingung (Saisonarbeit, Logistik, Bau etc.) deshalb nicht zu erwarten.

Schließlich kehrte *Frank Schimmelfennig* (Zürich) nochmals zu Europas Außengrenzen und ihrer Rolle bei der Integration in der Europäischen Union zurück. Integration sei als Interaktion interner Entgrenzung und externer Grenzziehung zu begreifen. Wie integrationsförderlich diese Interaktion sei, hänge von den relativen Kosten und Vorteilen der externen gegenüber der internen Grenzziehung ab. Derzeit sei eine wachsende Politisierung der EU-Außengrenzen zu beobachten.

In seinem Schlusswort bekräftigte *Stefan Immerfall* (Schwäbisch Gmünd), dass mit dem doppeldeutigen Titel »Die Europäische Union und ihre Grenzen« ein passendes Motto für die Tagung gefunden worden sei. Während die Grenz- und Asylpolitik der Europäischen Union und ihrer Mitgliedsländer von Beginn umstritten waren, zeige sich immer deutlicher, dass sich auch der Binnenmarkt und die Arbeitnehmer-Freizügigkeit kritischen Fragen stellen müssten. Die Balance von Marktfreiheiten und sozialen Rechten sei weiterhin fragil und die Aushöhlung des europäischen Rechtsrahmens habe ein Ausmaß erreicht, das bis vor kurzem nicht für möglich gehalten worden sei. Hier sei kritische Europaforschung gefragt, zu der diese, trotz Online-Formats lebendige Tagung interessante Beiträge geliefert habe.

Stefan Immerfall

## Sektion Soziologie der Kindheit

»Kann kindheitstheoretische Forschung ohne Thematisierung von Gender überhaupt (noch) auskommen? Ein Workshop zur Verschränkung von Kindheitsforschung und Gender Studies« am 11. November 2021 an der Leuphana Universität, Lüneburg (online)

Vor über 30 Jahren problematisierte Barrie Thorne in seinem Aufsatz *Re-Visioning Women and Social Change*, dass die Entwicklungen der Childhood Studies ein blinder Fleck in der feministischen Theoriebildung sind: »Feminists have re-visioned women as active subjects in knowledge by granting them agency and diversity and by challenging divisions like public versus private. But both feminist and traditional knowledge remain deeply adult centred.« Clare Bartholomaeus und Adriano Souza Senkevics stellen 2015 auch für die Childhood Studies eine fehlende analytische und theoretische Tiefe bei der Berücksichtigung von Gender fest: Die kindheitssoziologische Forschung bleibe in einer deskriptiven und binären Unterscheidung zwischen männlich/weiblich als Mädchen/Junge verhaftet, ohne die Konstruktion und Bedeutung dieser Differenzen zu hinterfragen oder gar ihre Dekonstruktion oder Auflösung anzudenken. Diese fehlenden Bezugnahmen standen im Fokus eines Workshops, der von *Sebastian Amann* (Paderborn), *Nicoletta Eunicke* (Mainz) und *Jana Mikats* (Wien) des Netzwerks sozialwissenschaftliche Kinder- und Kindheitsforschung in der Sektion Soziologie

der Kindheit im Rahmen von deren Jahrestagung »Politiken der Kindheit« organisiert wurde. Der Workshoptitel kann dabei als zugespitzte Frage an die Teilnehmenden gelesen werden.

Nach einer Einführung in das Tagungsthema durch *Jana Mikats* und Grußworten von *Lars Alberth* (Lüneburg) wurden in drei parallelen Sessions (A) theoretische Perspektiven, (B) politisch-ideologische Implikationen sowie (C) methodologische Reflexionen diskutiert. In den Workshops wurden jeweils Thesenpapiere von zwei bis drei Vortragenden zu ihren laufenden Forschungsvorhaben diskutiert. Begleitet wurden diese durch je eine ausgewiesene Expertin aus dem Feld der Kindheits- und/oder Geschlechterforschung.

In *Session A* standen »blinde Flecken« sowie Möglichkeiten von Verschränkungen und Ergänzungen theoretischer Ansätze im Fokus. *Anneka Beck* (Osnabrück) diskutierte, inwiefern generationale Ordnungen vergeschlechtlicht wahrgenommen und als solche reproduziert werden. *Bettina Grimmer* (Siegen) stellte ihre Überlegungen zur theoretischen Verschränkung von symbolischer Gewalt und generationaler Ordnung vor. Im gemeinsamen Austausch rückten insbesondere die Fragen nach der Emergenz von Theorien und nach dem quasi »Verschwinden« von feministischer Theoriebildung aus der »Mainstream-Soziologie« in den Fokus. Daran anschließend wurde diskutiert, inwiefern dieses »Verschwinden« auch in der Kindheitsforschung zu beobachten ist. Als *Critical Friend* begleitete *Jeanette Windhener* (Berlin) diese Session.

In *Session B* wurde die Verknüpfung von Kindheits- und Gender-Studies im Hinblick auf politisch-ideologische Implikationen betrachtet. *Alina Zils* (Halle-Wittenberg) brachte mit dem *exit gender* Ansatz eine konkrete Idee zur (nicht-)Vergeschlechtlichung in ethnografischen Forschungsprozessen in die Diskussion ein. Der zweite Beitrag von *Kira Ammann* (Bern) stellte das Thema von Anerkennung, Menschenrechten und Gender in Bezug zu dem Rechtsdokument der UN-Kinderrechtskonvention in den Mittelpunkt. Von *Sabina Schutter*, der Vorstandsvorsitzenden von SOS-Kinderdorf e.V., wurde hier als *Critical Friend* die Frage aufgeworfen, inwiefern Frauenrechte im Konflikt zu Kinderrechten stehen (können). Der Beitrag von *Eva Reitz* (Mainz) ging durch eine lebhaft diskutierte Diskussion auf das Erleben der Teilnehmer\*innen von Geschlechtlichkeit in der Berichterstattung im Rahmen der Covid-19-Pandemie ein. Hier war Gegenstand des Austausches, wo sich Unterschiede und Gleiches in der Thematisierung von Geschlecht von Erwachsenen und Kindern zeigen (zum Beispiel Funktionalisierung von Geschlecht

und Kindheit). In der abschließenden Zusammenschau stand die Frage im Raum: Inwiefern müssen wir als Forschende auch nach unserer eigenen Parteilichkeit fragen? Welche Relevanzen wollen wir setzen, verstärken und/oder verbinden?

In *Session C* standen das methodische Vorgehen und vor allem Fragen zur Reflexion hinsichtlich Gender und generationalen Ordnungen im Fokus. *Rabea Krollmann* und *Ljuba Meyer* (Dortmund) befassten sich mit der Konstruktion der kindlichen Geschlechtlichkeit durch Eltern und stellten dabei die Differenz im empirischen Material zwischen Interviews und Fotografien heraus. *Hoa Mai Trän* (Siegen) näherte sich dem Thema Kindheit und Geschlecht aus einer post-humanistischen Perspektive am Beispiel der Nutzung und Aneignung digitaler Medien. *Christine Weinbach* (Bonn) präsentierte ihre Reflexion zum empirischen Zugang zu (Geschlechter-)Differenzen im Kontext ihrer systemtheoretischen ausgerichteten Forschung über die Umsetzung Gender-pädagogischer Programmatiken in der Kita-Erziehung. In der Session wurden insgesamt die Möglichkeiten diskutiert, wie Geschlecht (und andere Ungleichheitsdimensionen) in unterschiedlichen Phasen des Forschungsprozesses relevant gemacht wird, konzeptionell aber auch aufgebrochen werden kann, um Reifikationen zu vermeiden: in der theoretischen Rahmung, dem methodologischen Zugang und in der Materialanalyse. *Melanie Kubandt* (Vechta), *Critical Friend* der Session, betonte die Bedeutung der laufenden Reflexion als Forschende. Auffallend war zudem, dass der gesamte Austausch in der Session auf Geschlecht und weniger auf generationale Ordnungen abzielte, was über die Herausforderungen einer gleichwertigen Verschränkung mutmaßen lässt.

In der abschließenden Plenumsdiskussion mit allen Teilnehmenden zeigte sich, dass trotz der thematischen Unterschiede viele Parallelen etwa bezüglich der konzeptionellen und empirischen Adressierung und Zugänglichkeit von Geschlecht und Kindheit sowie der Herausforderung, dabei Geschlecht und Generation zu relationieren, diskutiert wurden. Eine lebhafte Diskussion entstand zur Frage, inwiefern sich Politik, Theorie und Forschung trennen lassen (sollten) oder ob nicht insbesondere die Felder der Kindheits- und Geschlechterforschung als per se politisch gelten. Moderiert wurde die Abschlussdiskussion von *Jessica Schmittek* (Duisburg-Essen).

Insgesamt wurde mit diesem Workshop die Diagnose einer fehlenden Relationierung sowohl in der internationalen als auch der deutschsprachigen Kindheits- und Geschlechterforschung bestätigt. Zeitgleich konnten diverse Parallelen zwischen den Forschungsfeldern herausgearbeitet werden: etwa

bei in der Konzeptentwicklung der generationalen Ordnung in Analogie zur Geschlechterordnung, der Dekonstruktion von »Natürlichkeit« von Kindheit und Geschlecht (Stichworte: Körper, Wesen, private/öffentliche Sphäre) oder den emanzipatorischen und politischen Forderungen in und durch Forschung. Der Workshop konnte demnach die Potentiale der Verschränkung von Kindheits- und Geschlechterforschung sichtbar machen und unterstreicht die fortwährende Relevanz eines intradisziplinären Austauschs in der Soziologie.

Britta Menzel, Teresa Vielstädte